

# SÜDKURIER

KINDERGRUNDSICHERUNG

## Nur noch aufs Geld warten?



Im Streit um die Kindergrundsicherung gerät ein wesentlicher Punkt aus dem Blick: das Verschwinden von Eigenverantwortung aus der Gesellschaft.

VON JOHANNES BRUGGAIER

Obwohl demnächst die Musikschulen einen Ansturm erleben, weil dank Grundsicherung bald ganz viele Eltern ihr Kind zum Geigenunterricht schicken? Wer Menschen aus der praktischen Kinder- und Jugendarbeit fragt, Pädagoginnen oder Kindergärtner, ernennt als Antwort auf diese Frage eher mit leidige Blicke.

Das Bundesfamilienministerium dagegen hält den Erfolg für eine ausgemachte Sache und legt den höchsten Trumpf auf den Tisch. Die Karte mit der Aufschrift „Wissenschaftlich belegt!“ ist so etwas wie der Kreuz Bube im politischen Diskurs: Der Wissenschaftler hat bewiesen, Ende der Debatte! Als belegt also dürfen wir angeblich betrachten, dass so gut wie alle Eltern stets zuerst ans Wohl ihrer Kinder denken und staatliche Transfermittel in ihren Händen deshalb bestens aufgehoben sind. Wer von Zweckentfremdung für Tabak oder Alkohol schwadroniere, erliege nur bösen Vorurteilen.

Doch der rhetorische Totschlaghammer hat sich zuletzt stark abgenutzt. Erst schleiften während der Corona-Pandemie immer neue Kurskorrekturen die naive Vorstellung von Wissenschaft als einer Disziplin, die Gewissheiten vom Fließband produziert. Dann sorgte die sogenannte Replikationskrise bei Sozialforschern für Katerstimmung: Hoch renommierte und gerne zitierte Studien („wissenschaftlich belegt!“) zeigten im Wiederholungsdurchgang plötzlich ganz andere Ergebnisse. Wissenschaft, sagte schon der Philosoph Karl Popper, kann gar nichts beweisen. Sie kann allenfalls manches ausschließen.

Insbesondere menschliches Verhalten lässt sich nicht so leicht entschlüsseln, geschweige denn vorhersagen. Im Fall der vom Bundesministerium zitierten Publikation der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2018 wirft bereits die flüchtige Lektüre Fragen auf, etwa wenn bei Untersuchungen des Kaufver-

haltens bei elektronischen Geräten statt Smartphones und Tablets noch von Fernsehgeräten und DVD-Playern die Rede ist. Oder wenn ein Zusammenhang zwischen Transferleistungen und Tabakkonsum zwar durchaus schon beobachtet werden konnte, nur eben nicht für die letzten zehn Jahre, in denen das Rauchen jedoch ganz allgemein aus der Mode kam.

Aber selbst wenn es wirklich benachteiligte Kinder sein sollten, die davon profitieren: Die geplante Umwandlung einer bisherigen Holschuld des Bürgers in eine künftige Bringschuld des Staates sendet ein gefährliches Signal aus. Es ist das Bild vom Staat als Serviceanbieter für alle Lebenslagen. Wo einst US-Präsident John F. Kennedy forderte, der Einzelne solle nicht fragen, was das Land für ihn tun kann, sondern vielmehr was er selbst für sein Land zu leisten imstande ist, gilt nun: Frage gar nichts mehr, warte nur noch aufs Geld!

Ja, das Recherchieren und Bearbeiten staatlicher Fördermittel ist bisweilen kompliziert. Und zweifellos gilt das umso mehr für Menschen mit geringem Bildungsstand oder mangelnder Sprachkenntnis. Auch mag in manchen Fällen ein – wenn auch völlig unangebrachtes – Schamgefühl bestehen. Gewiss ist darauf zu achten, dass Behördenmitarbeiter auf den Umgang mit solchen Herausforderungen angemessen vorbereitet sind.

Wer aber wirklich zuerst ans Wohl seiner Kinder denkt und Geldmangel als wesentlichen Hinderungsgrund für deren Entwicklung sieht, lässt sich wegen bürokratischer Hürden nicht davon abhalten, eine der zahlreichen Beratungsstellen aufzusuchen. Zumindest sollte man das erwarten von Menschen, die als Eltern Verantwortung tragen. Doch genau darauf kommt es kaum mehr an, wenn „Holschuld“ in einer Gesellschaft zum Fremdwort wird.

Gut, wenn sich ein Staat um gleichberechtigte Bildungschancen nachkommender Generationen kümmert. Noch besser aber wäre, wenn er dabei nicht vergisst, ihnen die wichtigste Lektion mit auf den Weg zu geben: dass eine Gesellschaft nur so stark sein kann, wie jeder Einzelne dazu bereit ist, in ihr Verantwortung zu übernehmen.

johannes.bruggaier@suedkurier.de



# Die Politik vor der Haustür

**BaWü-Check:** Kommune ist nah an Bürgern  
Arbeitsaufwand und Einfluss oft unterschätzt  
Gemeinderäte und Wahlforscher berichten



ELISA-MADELEINE GLÖCKNER  
elisa.gloeckner@suedkurier.de

Die Pandemie zum Beispiel. Wie mit Neuinfektionen umgegangen werden soll, wird auf kommunaler Ebene organisiert. So leisten Kommunen neben vielen weiteren Aufgaben einen wesentlichen Beitrag, globale Herausforderungen zu meistern. Eine Arbeit, die die Bürgerinnen und Bürger im Land schätzen, wie der BaWü-Check, eine Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD), zeigt. Mehr als die Hälfte der Befragten findet es demnach toll, wenn sich Menschen für ihre Gemeinde engagieren. Dass dieses Ansehen aber Grenzen hat, wissen Gemeinderäte wie Joachim Bach.

Bach ist seit 15 Jahren im Gremium in Meßkirch aktiv, er ist Fraktionschef der Freien Wähler im Ort. Kommunalpolitik, sagt er, werde im Alltag häufig nicht



„Das Engagement der Menschen ist heute mehr zielgerichtet auf ein Projekt.“

Joachim Bach,  
Gemeinderat in Meßkirch

wahrgenommen. Es sei denn, es schlagen Themen auf, die als strittig gelten oder sonst aufmerksamkeitswirksam sind. „Da ist die Wahrnehmung plötzlich viel größer.“ Tatsächlich, auch das legt die Allensbacher Umfrage nahe, verfolgt nur ein Teil der Menschen (39 Prozent) ausgeprägt, was direkt vor ihrer Haustür passiert. 45 Prozent interessieren sich begrenzt für das Geschehen in ihrer Kommune, die übrigen kaum oder gar nicht. Ein Urteil bilden können deshalb nur wenige.

Dass sich Bürger für lokale Geschehnisse generell nicht interessieren, glaubt Frank Brettschneider dagegen nicht. Der Kommunikationswissenschaftler und Wahlforscher von der Universität Stuttgart-Hohenheim geht wie Joachim Bach eher davon aus, dass kommunales Interesse anlassbezogen funktioniert. Wenn etwa der löchrige Bolzplatz saniert oder das Dach des Gemeindezentrums repariert werden muss. „Das heißt nicht, dass sich die Menschen prinzipiell nicht für Kommunalpolitik interessieren.“

Die Arbeit auf dieser Ebene ist vielfältig. Wo eine Kita gebaut wird, wie schnell eine Schule den Breitbandanschluss erhält, ob mehr Busse fahren sollen – das alles sind Fragen, die Tausende Stadt- und Gemeinderäte in 1100 Gemeinden und Städten des Lan-

des diskutieren. Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Das kleine politische Umfeld, in dem Menschen die demokratischen Regeln, das Finden von Lösungen einüben, meint Frank Brettschneider.

Das Vertrauen in Bürgermeister und Gemeinderäte ist jedenfalls groß, wie der Wahlforscher bestätigt. Das habe auch eine seiner Umfragen aus dem vergangenen Jahr ergeben, die die Ebene der Kommunen mit Land und Bund verglichen hat. Die Beobachtung teilt er mit lokalen Akteuren. Kommunalpolitik, das ist schließlich die Basis, deren Entscheidungen Bürger direkt betreffen. Anna Hochmuth sagt dazu: „Die Menschen, die im Gemeinderat sitzen, sind im Leben vor Ort greifbar. Das sind Kollegen, Freunde, Nachbarn – mit denen kann man sich direkt austauschen, wenn einem in der Gemeinde irgendetwas auffallen sollte.“ Die 27-Jährige ist Fraktionsvorsitzende der Grünen in Friedrichshafen. Seit 2015 ist sie Mitglied der Partei, seit 2019 Mitglied des örtlichen Gemeinderats. Selbst die großen Themen würden lokal mitentschieden und umgesetzt, die Wärmewende etwa oder das Klimaschutzgesetz. „Diese unmittelbare Wirkung hat mir immer gefallen.“

Gleichzeitig ächzen Parteien und Wählervereinigungen darunter, Nachwuchs zu finden. Woran liegt das? Joachim Bach denkt: „Das Engagement der Menschen ist heute zielgerichteter auf ein Projekt.“ Es gebe durchaus Leute, die sich bei bestimmten Themen und Bürgerinitiativen einbringen. Langfristig an den Gemeinderat wolle sich aber kaum jemand binden. Ein Umstand, der auch daran liegen könnte, dass die Arbeit häufig unterschätzt wird. Der Zeitaufwand – Gemeinderäte arbeiten ehrenamtlich – wird umfangreicher. Kandidaten müssen gewillt sein, sich Kenntnisse in vielen Bereichen anzu-



Wahlbriefe für die Kommunalwahl in Baden-Württemberg (gelb) und für die Europawahl (rosa) liegen in einem Regal. Die beiden Wahlen finden parallel am 9. Juni statt.  
BILD: DPA

eignen. Dazu kommt, dass einige Bürger durchaus Vorbehalte haben. Ein Drittel ist der Ansicht, so der BaWü-Check, Lokalpolitiker würden vor allem ihre eigene Agenda verfolgen. Dass das Misstrauen insgesamt gewachsen ist, glaubt Frank Brettschneider aber nicht. Solche Stimmen, sagt er, seien heute durch soziale Netzwerke nur sichtbarer geworden.

Trotzdem mag auch die erstarkte Rechte abschreckend wirken, die die kommunale Arbeit längst erreicht hat.



„Die AfD heute ist anders als vor zehn Jahren, sie hat sich radikalisiert.“

Anna Hochmuth,  
Gemeinderätin in Friedrichshafen

„Die AfD heute ist anders als vor zehn Jahren, sie hat sich stark radikalisiert“, sagt Anna Hochmuth. Laut der Allensbacher Umfrage steht die Partei aktuell bei 13 Prozent. Ob mit mehr zu rechnen ist, sei schwer zu sagen, meint Frank Brettschneider. Weil die Kommunalwahl parallel zur Europawahl stattfindet, geht der Wahlforscher eher davon aus, dass Wähler ihren Unmut über die Bundesregierung und das System bei Letzterer Raum geben würden. Dann bliebe die Kommunalebene verschont.



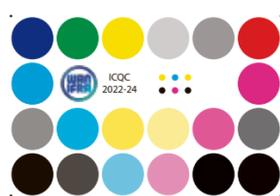
Böse Vorahnung. ERL

## SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020  
European Newspaper Award von 2011 bis 2023 dreizehn Mal in Folge

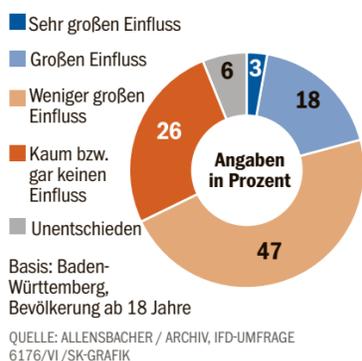
**Chefredakteur:** Stefan Lutz (ViSdP)  
**Chefredaktion:** Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)  
**Politik und Hintergrund:** Angelika Wohlfrom;  
**Wirtschaft:** Walther Rosenberger; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann  
**Verlag und Herausgeber:** SÜDKURIER GmbH  
**Geschäftsführer:** Dr. Björn Jansen  
**Vertrieb:** Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik SÜDKURIER GmbH, Medienhaus Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz Postfach 102 001, 78420 Konstanz Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485 Internet: <https://www.suedkurier.de> <https://www.suedkurier-medienhaus.de> E-Mail: [redaktion@suedkurier.de](mailto:redaktion@suedkurier.de) [commerzbank@sk-one.de](mailto:commerzbank@sk-one.de), [konstanz@sk-one.de](mailto:konstanz@sk-one.de), [ibn@sk-one.de](mailto:ibn@sk-one.de) IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE33XXX  
**Anzeigen und Werbevermarktung:** SK ONE GmbH Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz E-Mail: [info@sk-one.de](mailto:info@sk-one.de); [anzeigen@sk-one.de](mailto:anzeigen@sk-one.de) Internet: <https://www.sk-one.de>  
**Anzeigen:** Michael Schmierer (verantwortlich), Uwe Heiligensetzer  
**Druck:** Druckerei Konstanz GmbH Max-Stromeyer-Straße 180, 78467 Konstanz

**Abo-Service und Kleinanzeigen:** Servicenummer 0 75 31/999-4444 (Ortstarif) [abo-service@suedkurier.de](mailto:abo-service@suedkurier.de) [kleinanzeigen@suedkurier.de](mailto:kleinanzeigen@suedkurier.de)  
Für die Übernahme von Artikeln in Pressespiegeln erteilt die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG die erforderlichen Rechte unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de). Es gelten die Mediadaten 2024 (Preisliste Nr. 93, ab 01.01.2024), mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen im SÜDKURIER/Alb-Bote und seinen elektronischen Ausgaben. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



## Wenig Einfluss

Wie ist Ihr Eindruck: Wie viel Einfluss hat mal als Bürger auf das, was am Ort geschieht?



## Image der Kommunalpolitik

	Angaben in Prozent	
	Bevölkerung insgesamt	Am kommunalen Geschehen Interessierte
Ich finde es toll, wenn Menschen sich für ihre Gemeinde engagieren	56	62
Kommunalpolitik ist noch nicht so stark von Parteipolitik bestimmt, hier werden häufiger überparteiliche Kompromisse gefunden	34	42
In der Kommunalpolitik gibt es viele Wichtigtuer	33	30
Viele Kommunalpolitiker verfolgen vor allem eigene Interessen	31	29
Alles in allem bin ich mit den Kommunalpolitikern hier zufrieden	27	37
Viele Kommunalpolitiker sind für ihre Gemeinde unentbehrlich, ohne sie würde nichts vorangehen	24	33
In der Kommunalpolitik werden häufig heimlich Absprachen getroffen	22	25
Als Kommunalpolitiker hat man nicht wirklich Einfluss	14	9

## Die aktuellen Potenziale der Parteien

Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der Kommunalwahl infrage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?

